

lungen enthüllen nichts anderes, als daß sie Bismarcks Größe vollends darthun und zugleich den edlen und patriotischen Charakter seines Souveräns (des Kaisers Wilhelm) in so rührendem Licht erscheinen lassen. Also — das heißt was hier geschildert ist — wörtlich in der Spener'schen und Brochhaus'schen „Allgemeinen“ zu lesen! Nächsten wird man uns noch belehren, daß Bismarck selbst die Drohschüre bestellt hat!

Wenn Bismarck, der hinterpommersche Landjunker, sich selbst und „Seine Majestät, den allergnädigsten König“ unter das „Volk“ rechnen konnte, so dürfen wir uns billiger Weise nicht wundern, wenn auch andre Leute diesen Weg beschreiten und sich „Volk“ nennen, welche ohne das Beispiel des „genialen Staatsmannes“ sicherlich nicht auf solchen „genialen“ und wirklich „staatsmännlichen“ Gedanken gekommen wären. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat es unter den Männern der Börse allerwärts große „Sensation“ erregt, daß die preussische Regierung dem Bankrott des großen Gründers Quistorp nicht mittelst „Staatshilfe“ zuvorgekommen ist, daß sie schließlich nach einigen Hebungsoeffnungen den Karren da stecken ließ, wohin ihn der übermäßige Schwundel geschoben hat. Die Männer der Börse beginnen sich gleichfalls als „Volk“ zu fühlen und unterliegen als solches „demokratischen“ Anwandlungen, indem sie behaupten, die Förderung der Staatshilfe für die Gründer beruhe auf „demokratischer Grundlage“. In einer bekannten „großen Seesahrt“ ist es sogar so weit gekommen, daß ein sogenannter „Börsenulan“) sich zum „Sozialismus“ bekehrt und dadurch dem „Volk“ der Börse allda nicht geringen Schrecken eingejagt hat. Es geschehen Zeichen und Wunder; wir können aber sehr nüchtern dabei bleiben, wenn wir das „Volk“ der Börse einfach übersehen in crapule, canaille, mob der Börse und somit jenen hochnägigen Herren, welche das wirkliche Volk gewöhnlich mit diesen Titeln belegen, die Nase darauf stoßen, wo der eigentliche Pöbel, der wirkliche mob sich vorfindet. Im Uebrigen ist es nicht so ganz „ohne“ mit diesem „Volk“ der Börse. Dies „Volk“ bekommt eine ganz besondere Bedeutung, wenn man erwägt, daß einundvierzig Männer aus diesem „Volk“ im Reichstages hervortreten, mit andern Worten, daß 41 Mitgliedschaften des Reichstages hervortreten bei Gründungen und Börsenspeculationen betheilig sind. Hat doch der fortschrittliche Abgeordnete Eugen Richter offen gesagt, daß der Sitzungssaal des Reichstages auf dem Dönhofsplatz zu Berlin nur eine Filiale der Börse sei! Dies „neue Reich“ liefert überhaupt ganz absonderliche Arten von „Volk“. Einmal das „Volk der Denker“, dessen höchste Denkraft sich zur Zeit in den patriotischen Ergüssen der „Sanftirten“ concentriert; weiter das „Volk in Waffen“, das nach der Theorie eines schlachtenkundigen preussischen Junkers mit „Spitzbuben in Waffen“ identisch ist; weiter das „Volk“, der Börse vom Wagener bis zum Börsenulan; sodann das Bismarck'sche „Volk“, nach Bismarck ein umfassender Begriff, der die hohen und höchsten Herrschaften, sowie auch den Stieber und was drum und dran hängt, in sich einschließt. Wir brauchen kaum zu sagen, daß wir nur ein „Volk“ kennen, das arbeitende Volk, von welchem merkwürdiger oder vielmehr begreiflicher Weise die heute im Reiche umlaufenden Begriffe gar nichts wissen wollen. Sapienti sat**).

Zur Naturgeschichte der Presse. Der „Börsencourier“ schreibt: „Wir haben neulich im Handelsheile unserer Zeitung gemeldet, daß sich für die „Spener'sche Zeitung“ zwei Käufer gefunden haben. Wir können heute mittheilen, daß der eine dieser Officenten die Regierung war und daß der Ankauf aus den Geldern des sogenannten Reptilienfonds bereits geschahen ist. Wir halten diese Nachricht schon jetzt gegenüber dem höchst wahrscheinlichen Dementi der „Spener'schen Zeitung“ aufrecht. Auf die Höhe des gezahlten Kaufpreises kommen wir nächstens zurück.“

So das Berliner Blatt, dessen Mittheilung keinen Widerspruch gefunden hat und darum als thatsächlich begründet gelten kann, wie sie denn von vorn herein innerlich wahrscheinlich war. Die preussische Regierung hat das Wort des alten Napoleon: „Die Zeitungen sind so gut wie eine Armee von 100,000 Mann“, sich zu eigen gemacht, und will nicht bloß das größte stehende Soldatenheer, sondern auch die größte stehende Press-Armee haben. Es genügt ihr nicht, daß mit einem oder zwei Duzend Ausnahmen die gesammte deutsche Presse den Willen des Berliner Pressbureaus folgt und dessen Fabrikate verbreitet, sie will, um gegen etwaige Unabhängigkeitsgefühle bei veränderter Zeitströmung gesichert zu sein, eine Presse, die ihr leibigen ist, die ihr als Eigenthum gehört, deren Redactoren sie nach Belieben ein- und absetzt, mit denen sie umspringen kann, wie ein Offizier mit seinen Soldaten. Die Zahl der Blätter, welche direktes Eigenthum der preussischen Regierung sind, beläuft sich schon auf einige Duzend, und bald wird es keine bedeutendere Stadt mehr geben, in welcher nicht ein Ableger des Reptilienfonds seinen Dust verbreitet. — Apropos, nachdem Herr Reichröder soeben in sehr schlechtem Deutsch jede Mithilfe an dem Kauf der „Neuen Freien Presse“ zurückgewiesen, wird die Nachricht in positiver Form bestätigt. Daß die „Neue Freie“ an die preussische Regierung verkauft ist, unterliegt nicht dem leisesten Zweifel.

„Ein klanglos Schüllen, ein Schrei von Erz“
„Entquoll dem metallenen Munde“
so klopert Fred. Freiligrath auf seiner abgegriffenen Leier in jenem Gedichte, das erzählt, wie im „herlichen Kampfe“ bei Mars-la-Tour dem Trompeter des Kürassierregiments Schmettau eine Kugel durch sein Instrument fuhr. Wer sich für diesen Trompeter, der durch die Freiligrath'sche Dichtung allbekannt und ein Lieblingsgegenstand des spießbürgerlichen Nordpatriotismus auf der Bierbank geworden, interessiert, der nehme die Nummer 43 der „Gartenlaube“ zur Hand, altho zu lesen ist:

Der Trompeter von Mars-la-Tour, vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm selbst (wirklich!) mit dem eisernen Kreuze geschmückt, von Ferdinand Freiligrath besungen, von allen Zeitungen und Kriegsberichten geehrt als einer der Helden des kühnen Todesritzes am 16. August, hat, wie seine Trompete damals, doch auch, und zwar für das Leben, „etwas weggeknirrt“. Im November vorigen Jahres wurde er brustkrank und nach dreiwerteljährlicher ärztlicher Behandlung als Kriegsinvalid entlassen und zwar mit acht Thaler Pension. Von dem Besuche, sich durch Abschreiben in einem Gerichte etwas zu verdienen, mußte er schon nach acht Tagen absehen, weil sein Zustand sich dadurch verschlimmerte. Dadurch ist ihm die Aussicht auf Versorgung in einem Bureau verschlossen. Verdienen muß er etwas, wenn er bei seiner Pension nicht mit seiner Familie verhungern will, und da er gut schreibt, rechnet und auch zeichnet, so hofft er, durch die Gartenlaube zu einem für ihn passenden Dienste gelangen zu können. Vielleicht würde er als Kausch in einem Geschäft oder einer Anstalt sehr gut zu verwenden sein. Er ist der Mann, der

seinem Dienste Ehre bringt, denn nur mit Stolz würde man sagen können: „Auf diesem Posten steht der Trompeter von Mars-la-Tour!“

Das lautet noch garstiger als der „Schrei von Erz“, wenn es gleich kein „Klangloses Schüllen“ ist. Acht Thaler Pension für den Trompeter von Gravelotte, dem die französischen Kugeln vor der Nase durch die Trompete gefahren, vier Millionen Extra-Dotation für jene Herren Prinzen und Generale, die mit dem Fernrohr das Gefecht „geleitet“ — das ist die höchste Poesie und die tiefste Prosa an einem Stück! Ja, wenn so ein tapferer Trompeter mit jenem Stückchen Eisen, das ihm eine Höhe an die Brust geheset, seinen Kindern den Hunger stillen und seine Stube wärmen könnte! Aber die „Gartenlaube“ ist barmherzig; sie appellirt an den „Patriotismus“. Der Erdemotat Reil dürfte an sich selbst erlebt haben, daß der „Patriotismus“ jener Klasse, welche „Geschäfte“ und „Anstalten“ besitzt, ein Patriotismus des Geldsacks ist und daß sehr Viele den Trompeter von Mars-la-Tour bewundern, sehr wenige oder Niemand aber ihm Etwas bezahlen werden. Brustkrante Leute lassen sich nicht gut ausschinden und ausbeuten. Hätte doch Herr Reil gleich die Sammlung für eine Drehorgel eröffnet, das wäre angemessener gewesen und hätte besser zu dem „Geist der Zeit“ gepaßt, wie ihn die „Gartenlaube“ sich vorstellt! Und hier ein Wort am rechten Ort! Es gibt in der deutschen Presse und auch im bürgerlichen und „adligen“ Stand eine Menge von „barmherzigen Samaritern“, welche in allen Unglücksfällen oder Mißständen, sei es Ueberschwemmung der Dörfelstätten oder ein hungernder Invalide, eine Einäscherung von Dorf und Stadt oder ein kranker Schullehrer, mit einer Armenstündermiene vor das Publikum treten und in den jämmerlichsten Ausdrücken um milde Gaben flehen. Durch das Gebettel dieser traurigen Gesellen fühlt sich der Staat, welcher in den meisten Unglücksfällen unbedingt und ohne Umschweife verpflichtet ist, Abhilfe zu schaffen, sobald er nur einen Funken von Anspruch auf den Namen „Staat“ haben will, dieser seiner Verpflichtung überhoben, während dann andererseits einige Mäder, großprospige Bourgeois und andere Individuen dieser Art in den Sammelbüchern als „Wohltäter der leidenden Menschheit“ glänzen können. Dieses Treiben ist um so verwerflicher, als auch der heutige „Staat“, wenn in solchen Fällen allseitig und einstimmig Hilfe von ihm gefordert würde, sie nicht verweigern könnte. Jene „barmherzigen Samaritern“ sind also keine „Wohltäter der leidenden Menschheit“, sondern sie leisten dem heutigen „Staat“, indem sie an Stelle gerechter Forderungen die unmännlichste Bettelei stellen, in seinen egoistischen und reaktionären Bestrebungen den größtmöglichen Vorhub.

— Moderne Folter. Wir lesen in preussischen Blättern: „Louise Rittmann, Tochter eines Klempnermeisters aus Bischofswerda, 17 Jahre alt, war bei einem Fräulein Kabelitz in Grandenz in Dienst getreten. Dieses Fräulein Kabelitz bewahrte in einem Spinde, zu dem die Rittmann Zutritt hatte, Geld in einem Beutel aus, worin sich Ende September außer Silbercourant auch ein Hundertthalerschein befand. Am 30. September vermigte Fräulein Kabelitz diesen Schein, und obgleich sie dazu nicht den geringsten Anhalt hatte, richtete sich ihr Verdacht sofort auf das Dienstmädchen, daß sie bei der Polizeibehörde als Diebin denunzirt. Das Mädchen wurde darauf hin auf das Polizeibureau gebracht und es ward ihr hier eine Behandlung zu Theil, die ich nicht weiter näher bezeichnen mag, ihr schließlich auch angedroht, sie gefesselt nach dem Criminalgefängnisse zu transportiren, wenn sie nicht gestehe. — Um ferneren Mißhandlungen zu entgehen und — wie das Mädchen sich später ausdrückte — „um als Bürgertochter ihrem Vater nicht die Schande zu machen“ — räumte sie endlich ein, den Hundertthalerschein fortgenommen zu haben; sie wollte ihn erst ihrer Schwester, dann aber, ihre Aussage ändernd, einem andern Mädchen zur Abwendung an ihren Vater gegeben haben. — Das Geständniß war nun da, wenn auch erpreßt. — Da nunmehr alle Bedenken gehoben, erfolgte die Ablieferung der Delinquentin an das Grandenzger Gericht. — An Leib und Seele gebrochen und an der Gerechtigkeit Gottes verzweifeln, hatte die Kerne bereits einige Tage in jenen Räumen zugebracht, als sich mit einem Schlage die ganze Sachlage änderte. Die Angeklagte wurde nämlich unter der Eröffnung, daß sich ihre Unschuld herausgestellt, aus dem Gefängnis entlassen. Wie dieselbe später erfuhr, hat die Denunciantin den Hundertthalerschein selbst aus dem Beutel herausgenommen und ihn aus Verborgnis in einem Uhrgehäuse aufbewahrt, diese für das Mädchen so unheilbringende Verbergung aber vergessen.“

Wir möchten nun wissen, worin und in wiewern sich ein solches Verfahren sowohl von dem der weltberühmtesten Inquisition oder auch der „hochnothpeinlichen Halsgerichtsordnung“, jenes unter der glorreichen Regierung der frommen Maria Theresia ins Leben gerufenen „juristischen“ Monstrums, unterscheidet! Wir finden nämlich gar keinen Unterschied hieraus. Zwierlei aber vermischen wir ganz besonders: Wir lesen weder etwas davon, daß dem armen Mädchen für die unschuldigerweise angefangene kannibalische Quälerei irgend eine Genugthuung — eine wirkliche Entschädigung für die Qualen der höchsten Angst kann es ja nicht geben — zu Theil geworden sei, noch hören wir etwas davon, daß jene Helden der Polizei und jene Inquisitoren des „Rechts“, die dem Mädchen eine „nicht näher zu bezeichnende“ Behandlung zu Theil werden ließen und welche die Schuld tragen, daß die Kerne „an Leib und Seele gebrochen“ ist, für die verübten Greuelthaten zur Verantwortung gezogen worden sind. Doch halt — wir erinnern uns an ein Erkenntniß eines Breslauer Gerichtes, worin gesagt war, daß, wenn ein Beamter bei Ausübung seiner amtlichen Pflicht sich eines Verbrechen oder Vergehens schuldig mache, dann aber nachweisen könne, daß er dies Verbrechen begangen in der Ueberzeugung, seine amtliche Pflicht damit zu erfüllen, eine Bestrafung wegen Amtsmißbrauchs nicht zulässig sei. Wir haben schon damals erklärt, daß demnach die Herren Beamten sich derselben Rücksichten erfreuen, wie die Narren und die Verrückten und so wird man auch in Grandenz, wenn je Schritte gethan werden sollten, annehmen, die Herren Beamten seien der Ueberzeugung gewesen, sie erfüllten ihre Pflicht, indem sie ein armes unschuldigtes Mädchen „auf nicht näher zu bezeichnende Weise“ traktirten und ihr ein Geständniß abpreßten. Und wenn dies Alles noch nicht hilft, so ist ja zu guter Letzt immer noch Jener da, der Alles auf seine breiten Schultern nimmt, wie ja auch der fromme Berichterstatter das Opfer moderner Justiz „an der Gerechtigkeit Gottes“ verweisen läßt. Die ungeheure Blasphemie, die in diesen wenigen Worten liegt und einen Menschen an der „Gerechtigkeit Gottes“ verweisen läßt, weil von „göttlichen Ebenbildern“, d. h. preussischen Polizisten und Bureaukraten die unerhörtesten Gewaltthaten verübt werden, illustriert so recht treffend und unbeschreiblich wirksam die Albernheit und Verlogenheit der Phrase von heutigem „Rechtsstaat“.

— In Frankreich der „Avenir National“ unterdrückt wegen eines

Artikels: „Nieder mit Chambord!“ und Tags darauf ein von dem Eigenthümer des Avenir neugegründetes Blatt: La ville de Paris (die Stadt Paris) ebenfalls unterdrückt, weil es „offenbar nur die Fortsetzung“ des Blattes sei, das sich des Verbrechen schuldig gemacht, unter der „Republik“ auf die Monarchie ein Verzeat auszubringen! Das kennzeichnet die Lage. Inzwischen fahren die gesammten „Republikaner“ fort, die Stimmen der königlustigen Versailler Krautjunker zu addiren und wieder zu addiren, und freuen sich kindisch, wenn das Grempel der „Republik“ günstig ausfällt. Mögen die Leute das Rechnen sein lassen. Wie die Februarrepublik im Juni 1848, so wurde die Septembrisrepublik in der „blutigen Rawoche“ des Jahres 1871 todtgeschlagen. Ob der verfaulte Cadaver einen Tag früher oder später begraben wird, lebendig wird er nicht mehr. Und die „Faschirten“ werden nicht für einen Cadaver kämpfen. Solche Wunder geschehen auch in der Zeit der Salette-Jungfrau nicht.

— In Spanien haben die „Insurgenten“ von Cartazena in jüngster Zeit bedeutende Erfolge davon getragen. Es ist ihnen gelungen, die Blolade zu sprengen und die Flotte des Herrn Castelar unter die schützenden Kanonen der Engländer (nach Gibraltar) zu treiben. Die „Insurgenten“ sind nun unbedrängte Herren zur See, was ihnen den dreifachen Vortheil giebt, daß sie sich nach Bedarf verproviantiren können, daß sie die übrigen Küstestädte beherrschen oder bedrohen, und daß der spanische Seehandel ihnen auf Gnade und Ungnade überliefert ist. Unter solchen Umständen hat Herr Castelar sehr wenig Ausichten, der „Insurrection“ Herr zu werden; wohl aber haben die „Insurgenten“ sehr begründete Ansichten, Herrn Castelar zur Raision zu bringen. Trotz seiner großmäuligen Proklamationen und verlogenen Siegesbulletins machen die Karlisten im Norden Spaniens beständige Fortschritte, und geben der Madrider Regierungsmehr mehr als genügende Beschäftigung; an die Abordnung größerer Truppenmassen gegen Cartazena ist also nicht zu denken, und die spanische Bourgeoisie, welche bisher für Herrn Castelar schwärmte, wird es bald müde sein, sich ihre Handelschiffe von den Insurgenten, die nach englischen Berichten schon für 800,000 Pfd. Sterling (über 5,300,000 Thaler!) Prisen gemacht haben, wegzulapern zu lassen. In Bidsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Nach den neuesten Berichten ist die Flotte der Insurgenten nach Barcelona abgesetzt. Bestätigt sich dies, so könnten die spanischen Dinge leicht zu einer Krisis kommen. Barcelona, das wichtigste und volkreichste Industriezentrum und die revolutionäre Hauptstadt Spaniens, war bekanntlich im Sommer auf dem Sprung, sich der Intrantigen-Exhebung anzuschließen, und wurde nur durch das ebenso stupide als feige Gebahren der bakanistischen Anarchie-Gel davon abgehalten. Erscheint nun die Flotte der „Insurgenten“ vor der Stadt, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß das Proletariat dem kontrerevolutionären Treiben der bakanistischen Revolutionschwäger einen Riegel vorschiebt und sich dem Aufstande anschließt. Geschieht dies, so wäre die Regierung des Herrn Castelar unzweifelhaft lahm gelegt; sie würde entweder vor dem unwiderstehlich anschwellenden Volksaufstand die Segel zu streichen, oder sich mit ihm auf Unterhandlungen einzulassen haben; in beiden Fällen wäre dem spanischen Proletariat die im Sommer versäumte Gelegenheit wiedergegeben. Es hängt jetzt Alles davon ab, ob die Schlinglinge und Freunde der am gleichen Strang ziehenden Berliner Hasselmannen noch stark genug sind, das Spiel der Regierung zu spielen, oder nicht.

— Herr Leopold Sonnemann ist von der Anklage, welche ihm der Artikel „Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen“ eingebracht hat — über die Verhandlung haben wir in der vorletzten Nummer unseres Blattes berichtet — freigesprochen worden. Das Erkenntniß der Strafkammer sowie der ganze Prozeß sind für uns von ungemeiner Bedeutung, denn die in dem Artikel aufgeführten Thatsachen sind ausdrücklich als richtig anerkannt. Also ist auch die Thatsache als richtig anerkannt, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch seine Leiter mit der preussischen Regierung in Verbindung steht! Die großmäuligen Schreier vom „Neuen“ sind damit so gründlich blamiert und an den Pranger gestellt, daß sie, wenn die von ihnen terrorisirten Massen nicht so sehr mit Blindheit geschlagen und fanatisirt wären, gar nicht mehr öffentlich auftreten könnten. Auch hat der „Neue“ großprahlerisch ausgesprochen, Sonnemann würde nicht den Muth haben, den Artikel voll und ganz zu vertreten. Sonnemann hat aber die Verantwortlichkeit nicht von sich gewiesen, sondern in jeder Beziehung dieselbe auf sich genommen. Nun, auch der „Volksstaat“ wird mit dem „Neuen“ ein Hühnchen rupfen und wird hoffentlich auch in Leipzig der Beweis geliefert werden, daß die Herren von der Sorte Hasenclewer, Hasselmann, Tölke u. s. w. nichts weiter als ganz gewöhnliche Agenten der preussischen Regierung sind!

— Das letzte Heft der „Briefe deutscher Bettelpatrioten an Louis Bonaparte, von Bernhard Becker (Drauschwitz, bei W. Brack jr.) ist nunmehr erschienen. Der Verfasser hat dem letzten Heft noch eine alphabetisch geordnete Liste der einzelnen Bettelpatrioten beigegeben, was wesentlich dazu beiträgt, den Werth des Werkes zu erhöhen.

Zur Festungshaft in Preußen.

Mit dem Artikel, den wir unterm 10. Oktober unter dieser Ueberschrift brachten, hatten wir in ein Wespennest gestochen. Am Montag den 20. Oktober scheint er zur Kenntniß der Kommandantur in Weichselmünde gekommen zu sein. Große Aufregung rief er daselbst hervor. Die strengste Bewachung, der strengste Verschluß; bei dem Besuche der nächsten Verwandten war der Polizei-Unteroffizier anwesend; während der Freistunden hatten die Gefangenen unmittelbar neben sich oder hinter sich ihren offiziellen Wächter.

Unsre Gesetzgeber sind Meister in der Kunst, Messer ohne Hest zu schmieben, denen nur die Klinge fehlt. Wir haben so eine Ministerverantwortlichkeit bekommen, es fehlt nur das Hest, nämlich der berechnete Mäher, und die Klinge, der berechnete Richter. Wie beim Minister, so geht es uns aber auch beim geringsten Polizeibeamten und Nachtwächter, wenn dieser auch noch rüber als rüber wäre. Wir haben im vorigen Artikel schon den Mangel einer gesetzlichen Regelung der Festungshaft hervor. Etwas der Art scheint nun doch eingeflossen zu sein. Unterm 2. Juli d. J. ist nämlich ein Strafvollstreckungs-Reglement für das Militär erlassen, in welchem sich auch ein Kapitel über die Civil-Festungsgesangenen befindet. An demselben Tage, an welchem der erwähnte Volksstaatsartikel erschien, ging der Kommandantur zu Weichselmünde dieses Reglement zu. Danach fällt denn allerdings der Unterschied zwischen Civil- und Militär-Festungsgesangenen fort.

*) Man bezeichne damit jene Börsenmakler, welche ihre Schwindelgeschäfte im Galopp abmachen.

** Für den kranken Mensch ist dies genug!

Die Zahl der Freistunden ist auf fünf pro Tag normirt. Das Zimmer der Gefangenen soll nicht verschlossen werden; die Gefangenen gehen in den Freistunden innerhalb des ihnen angewiesenen Festungsbereichs ohne Aufsicht einher, sie dürfen während der Freistunden Besuche empfangen u. s. w. Nur einen bösen Haken hat die Sache. Wer garantiert den Gefangenen die Befolgung dieser Vorschriften? wer schützt sie gegen falsche Auslegung? Da sagt ein Paragraf geradezu: „Die Korrespondenz ist im Allgemeinen frei.“ Das steht nun aber ein Nachsatz, daß der Kommandant berechtigt, ja verpflichtet ist, die Korrespondenz einzuschränken, wenn Nachteile zu befürchten sind. Ein Lieutenant schickt einmal seinen Burschen aus, Streichhölzer zu holen; er solle aber probieren, ob sie gut sind. Der Bursche bringt die Streichhölzer, aber feins brennt. Der Offizier schnauzt den Burschen an. Ja, sagt dieser, ich habe sie alle im Laden probirt und da brennten sie alle gut. Der Kommandant von Weichselmünde sagt: „Wenn ich nicht jeden einzelnen Brief lese, kann ich auch nicht wissen, ob er nicht gefährlich ist.“ Und so ist die Korrespondenz nicht „im Allgemeinen frei“, sondern wird im Allgemeinen kontrollirt. Ja noch weiter! Auf Grund des oben angeführten Paragraffen werden auch „gehobelt“ Zeitungen den Gefangenen vorenthalten. Wie es mit der Beschwerde an das General-Kommando ist, haben wir bereits im vorigen Artikel erwähnt. Als der Kommandant von Weichselmünde, Oberlieutenant Overdyk, den Festungsbefehlungen Westerbürg und Kotosky in Gegenwart des Feldwebels und Polizeioberoffiziers die betreffenden Instruktionen nebst Erklärung vortrug, erklärte denn auch Kotosky nach einigem Disput: „Sie hätten sich und die Mühe sparen können; Sie handeln, wie es Ihnen nach Ihrem „pflichtgemäßen Ermessen“ gut dünkt, und da wären uns bei Ihrer Interpretation die Instruktionen vollständig überflüssig.“

Jedenfalls war seit der neuen Instruktion eine gewisse Erleichterung eingetreten; man hatte wenigstens nicht immer die Wache am Beine. Dadurch, daß der Unterschied zwischen den Gefangenen, je nachdem sie Civil- oder Militärpersonen sind, fortfällt, wird auch ein besseres Verständnis für die Behandlung der Gefangenen gewekt. Für die Gefangenen von Weichselmünde obwalteten nur besonders zwei böse Umstände, die vor allem darin ihren Grund hatten, daß bei Antritt ihrer Haft das Reglement von 1826 in Geltung war. Nun hatte Kotosky wegen Vorenthaltung der Zeitungen beim General-Kommando Beschwerde geführt. Dieses wies die Beschwerde unter Hinweis des Reglements vom Juli 1873, wonach die Ueberwachung der Korrespondenz in das „pflichtgemäße Ermessen“ der Kommandantur gestellt wäre, zurück. Als nun nachträglich dieses Reglement in Weichselmünde eingeführt wurde, hatte der Kommandant also schon im Voraus ein Präjudiz für die Auslegung des oben erwähnten Paragraffen von der „im Allgemeinen freien“ Korrespondenz. Der zweite mißliche Umstand ist der unterm Druck des alten Reglements entstandene Kampf, der nun weiter geführt wird. Diesem Drucke hatte der vorige Artikel seinen Ursprung zu danken.

Wie bereits gesagt, kam derselbe am 20. Oktober zur Kenntniß des Kommandanten. Dieser schloß nun, daß die Mittheilungen von Einem Gefangenen herührten. Es war nun eine eigne Zumuthung, von diesen eine Erklärung zu verlangen, ob sie Mittheilungen nach außen gemacht hätten. Wer diese Frage verneinte, hätte damit zugleich eine Beschuldigung gegen den Mitgefängenen erhoben. Lange schwebte die Entscheidung in der Angelegenheit. Einer muß es doch gewesen sein, also faßten wir Beide, das war der salomonische Spruch, und damit fiel denn der schmetternde Blik am Mittwoch den 29. Oktober Nachmittags auf die Häupter der beiden Gefangenen, und zwar in Form achtstündiger Entziehung der Freistunden und Besuche. Wenn nur wenigstens die Gefangenen das Vergnügen gehabt hätten, das „Corpus delicti“ den betreffenden Artikel im „Vollstaat“ zu lesen! Aber auch dieses Vergnügen blieb ihnen bisher verweigert. In der Strafvorsatzung steht nur eine Kritik des Artikels, indem derselbe behauptet wird, daß er „unwahre und entstellte“ Thatfachen enthalte. Nun, diese Behauptung des Herrn Kommandanten weisen wir entschieden zurück; wir stehen für die Wahrheit des vorigen Artikels in allen Stücken ein und die Rücksicht auf die Gefangenen ließ uns über Manches, was wir sonst noch mittheilen könnten, schweigen.

Gewerkschaftliches.

Berein der deutschen Steinmehlen.

Berlin, 28. Okt. Sämmtlichen Kollegen zur Kenntniß, daß über die eingekommenen Unterstützungs-Gelder die specialisirte Abrechnung der seit März d. J. vom Arbeitsausschuß berührten Mitgliedschaften, Wittgenborf, Schleudig, Loderleben, Hamburg, Kraftsdorf, Eildorf in 2 Exemplaren an jede Mitgliedschaft versandt ist. Im Falle des Nichtinteressens betreffender Abrechnungen bitte ich, mich sofort zu benachrichtigen. Die Einnahme beträgt von den Mitgliedschaften des Vereins, einschließlich der von Berlin nach Leipzig gesandten 450 Thlr. 4,195 Thlr. 3 Sgr. 7 Pfz.

Außerordentliche Beiträge gingen ein:			
von den Gewerkschaften zu Hamburg	77	6	6
von den Kollegen aus Wien	70	—	—
vom Allg. d. Maurer- und Steinbauverein durch Hrn. Grottkau	50	—	—
von Leipzig erhalten	2	—	—
Summa der Einnahme	4,394	10	1
Die Ausgabe beträgt nach den ausgesandten konstituierenden Abrechnungen besagter Mitgliedschaften	4,356	18	1
Bleibt Bestand	61	27	—

Wir sagen somit allen denen, die uns in diesem so langen und schweren Kampfe so opferfreudig unterstützten, den wärmsten Dank, und werden auch wir stets auf dem Posten sein da wo es gilt des Arbeiters Rechte zu verteidigen.

Was den seit dem 12. Juli in Leipzig von dem Verein der Inhaber von Steinmehl-Geschäften in Scene gesetzten Arbeits-Ausschuß anbelangt, so sei erwähnt, daß dem Bevollmächtigten E. Fischer, nachdem derselbe zum zweiten Mal die Herren schriftlich ersuchte, die bekannte Resolution, Ablieferung der Karte resp. Statutenbuch betreffend, doch zurückzugeben, die Weisung zugeht, daß ein Jeder willkommen sei, der sich ersterer Bedingung (Ausscheiden aus dem Verein) unterwirft. Ferner ist es den Herren nur durch ihr fortwährendes persönliches Agitiren, sowie ihren honigfüßen, glatten Worten gelungen, 70 Mann heranzuziehen, worunter auch einige ehemalige Vereinsmitglieder; von diesen sind zwei Drittel, die man sonst bei Friedenszeiten wohl nicht eingestellt hätte. Es ist demzufolge von uns der Kampf eingestellt.

Selbstredend ist es Pflicht jedes Steinmehl-Gesellen, unter besagten Umständen Leipzig ebenso wie Hamburg nicht zu verlassen. Auch sei erwähnt, daß die besagten Herren in Leipzig

mit 150 Thaler Kapital-Einlage ihren Leuten eine Krankenkasse gegründet haben als Ersatz für unsere Vereins-Unterstützungskasse; auch sollen verschiedene Dotationen an Leute gezahlt worden sein, die während des Kampfes der Polizei an den Bahnhöfen behilflich waren. Solche Kreaturen gibt es natürlich überall und sind diese leicht erkennbar!

Sollten Kräfte für die uns befreundeten Arbeitgeber in Leipzig sowohl wie Hamburg notwendig sein, was nicht lange mehr dauern wird, da der Pferdefuß bei den Segnern schon erheblich sichtbar wird, so werden wir das z. B. berichten, und werden wir gern bereit sein, die geeigneten Kräfte obigen Herren zuzuführen. Das Sammeln der Unterstützungsgelder für ausgesperrte Kollegen ist bis auf Weiteres einzustellen.

Die spezielle Abrechnung für die ausgesperrten Leipziger Kollegen erfolgt nach geschehener Rechnungslegung.

Mit Gruß und Handschlag A. Zabel, Vorsitzender.
NB. Auch mache ich die Mittheilung, daß das Steinmehl-Geschäft von Einsidel zu Leipzig gegen mich eine Klage wegen Aufreizung zu Haß und Berachtung anlässlich des von mir am 27. Juli im „Vollstaat“ veröffentlichten Artikels angestrengt hat. Termin ist der 26. November. Auch begehrt obiges Geschäft die nur kleine (?) Buße von 500 Thlr.
Zum Bevollmächtigten ist ernannt für Rieburg a. d. W. E. Lochmann.

Correspondenzen.

Leipzig. In Nr. 4 der „Allgemeinen Buchbinderzeitung“ lesen wir:

„In wiederholten Malen haben die Buchbinder Versuche gemacht, durch geschlossenes Vorgehen ihre Lage zu verbessern; daß es bisher nie gelungen, lag theils an dem Mangel ruhiger und übersichtlicher Leitung; theils an der Masse derjenigen Kollegen, welche zwar ihre traurige Lage beklagten, aber nie den Muth hatten, wie Männer für ihre Interessen einzutreten, momentan Opfer zu bringen, ohne welche noch nie etwas Dauerndes geschaffen wurde.“

Gegenwärtig sehen wir die neue Bewegung der Buchbinder — nachdem in Hannover und Mainz durch festes Standhalten derselben Bedeutendes errungen wurde —: die Leipziger Buchbindergehilfen im Kampfe um einen Tarif, in welchem für die größeren, besserzahlenden Offizinen eine Lohnherabsetzung von nur 10 Prozent notwendig wird. Doch nicht über den Kampf selbst — da der Streit um wirtschaftliche Interessen nur durch Kampf beigelegt, resp. entschieden wird —, sondern über die Art und Weise des Kampfes und besonders wie derselbe von Seiten der Leipziger Buchbindermeister und -besitzer aufzunehmen wurde und fortgeführt wird, wollen wir uns einige Betrachtungen erlauben.

Die erste Frage ist: Sind die Buchbinder berechtigt, eine Lohn-erhöhung, einen Tarif zu verlangen? Die Frage ist sehr bald beantwortet. Sehen wir uns den größten Theil der Offizinen an, in welchen zunächst nichts mehr als genügende Ventilation fehlt! Und gerade bei der Buchbinderei wäre von Seiten der Sanitäts-polizei darauf zu sehen, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde. Sehen wir uns die Klassen, abgemagerten Gesichter des größten Theils der Buchbindergehilfen an und forschen wir nur einigermaßen nach den Ursachen, so finden wir, daß die gegenwärtigen Lohnverhältnisse den Arbeiter zwingen, seine Gesundheit, sein ganzes Leben in einer kurzen Reihe von Jahren zu opfern! Die Statistiken liefern den Beweis, daß die Schwindsucht eine Buchbinderkrankheit ist. Trotzdem und trotzdem sehen wir die Leipziger Buchbindermeister in einer Art Front machen gegen den Tarif — welcher, nach der Ansicht jedes richtigen Geschäftsmannes ein Bedürfnis ist, nur eine „Regelung“ der Löhne herbeiführen soll und eine bedeutende Entwicklung des Gewerbes nach sich ziehen kann — die gewiß nicht zu billigen ist.“

Das einzusehende wäre von den Hh. „Prinzipalen“ zu viel verlangt. Der unbegrenzbare Trieb nach Bereicherung, welcher unsern „Geschäftsleuten“ innewohnt, macht sie gegen alle Einwendungen des gesunden Menschenverstandes und der Menschlichkeit taub und blind, eine Thatfache, welche nicht zum Wenigsten die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände bewirkt.

Rhänik, 28. Okt. Die Volksversammlung, welche für vergangenen Sonntag angemeldet war, hatte eine große Zahl von Landleuten aus dem Ort und aus der Umgegend herbeigezogen. Das Gerichtsammt Moritzburg aber, welches jedenfalls aus der bösslichen Ansicht, daß das am Abend stattfindende Tanzvergnügen vor 8 Tagen die Volksversammlung am Nachmittage beeinträchtigen könnte, dem Birthe bei 10 Thaler Strafe verboten hatte, am Nachmittage Volksversammlung und am Abend Tanzvergnügen abzuhalten, hatte sich diesmal veranlaßt gefühlt, die Volksversammlung deshalb nicht zu genehmigen, weil es, das Gerichtsammt nämlich, zum allgemeinen Bedauern seiner bisherigen Angehörigen, in der Auslösung begriffen sei, und deshalb, am Sonntag, keinen Beamten entbehren könnte, der mit der notwendigen Ueberwachung betraut werden müßte. In Folge dessen konnte auch nur eine gefellige Zusammenkunft übrig bleiben, in welcher einige der Anwesenden unter großer Aufmerksamkeit der Uebrigten sich über Welt, Leben und Zeitverhältnisse aus sprachen, so besonders Walster, Petrich und Pehold, und wo man sich darüber mit den Anwesenden einig fühlte, daß zur Durchsetzung der natürlichen Menschenrechte die Reichstagswahlen dazu benützt werden müßten, einen wirklichen Volksmann, hier speciell den jetzt noch gefangenen Liebknecht zu wählen, und nicht wieder einen Mann, wie den Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze, der wegen Maßregelung der andersdenkenden Staatsbürger, insbesondere der wirklichen Volkskandidaten, der Sozialdemokraten, als Vertreter und Mitglied der Staatsregierung in erster Linie mit verantwortlich zu machen ist.

(Dr. Bollb.)

Berlin. An die Schreiner-Union zu Mainz. Betreffs Ihrer Anfrage auf dem Kongress zu Nürnberg erlaube ich mir folgendes zu entgegnen: Auf Ihre Anfrage in Nr. 16 des „Vollstaat“ über den Verbleib der 50 Thalgen, welche uns am 23. November vorigen Jahres zur Unterstützung des Berliner Völkcher-Strikes von der Mainzer Schreiner-Union geschickt worden, und die in der Abrechnung nicht mit eingereicht gewesen sind, verweise ich Sie auf die Beilage des „Vollstaat“ Nr. 19, in welcher wir die Erklärung abgegeben haben, daß das Geld vorhanden ist, und zu welchem Zweck es verbraucht worden ist. Da wir von Ihnen weiter keine Nachfrage erhielten, glauben wir, daß Sie zufrieden gestellt waren. Ferner werden Sie wohl wissen, daß es nach einem Strike ohne Maßregelungen selten abgeht, und von solchen sind auch wir nicht verschont geblieben. Gleich nach dem Strike hatten wir 40 Mann 4 Wochen lang zu unterstützen, und Sie werden daher wohl zugeben, daß zu deren Unterstützung mehr als das erübrigte Geld erforderlich war. Ueberhaupt erlaubten wir, daß

Sie laut Coupon das Geld nur vorgehoffen hatten, während wir aus Ihren Briefen und aus dem „Vollstaat“ nur auf eine bedingungslose Unterstützung schließen konnten. Sollten Sie einmal zu einem Strike gezwungen sein, dann können Sie sicher darauf rechnen, daß wir Sie wohl unterstützen, aber nicht auf Vorschuß unterstützen werden.

Im Auftrage des Vorstandes: R. Singel.

Erfurt. Angesichts der nahenden Reichstagswahlen machten sich Sonntag, den 19. Oktober, mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf, um einige nächstliegende Dörfer zu besuchen und die Landbewohner möglichst in die Arbeiterbewegung mit hereinzuziehen, sie aber besonders auf die Wichtigkeit dieser Wahlen aufmerksam zu machen. Dieser erste Versuch gelang vollkommen, denn schon bereits acht Tage später, den 26. Okt., hielten wir eine Volksversammlung in dem eine Stunde von hier entfernten Dorfe Gisberleben ab. Zu dieser Versammlung hatten sich die Erfurter Parteigenossen zahlreich eingefunden. Die Bewohner des Dorfes selber waren nur schwach vertreten, was seinen Grund darin haben mochte, daß der Einberufer die Erlaubniß erst den Tag vorher, Nachmittags, erhielt und die Versammlung daher nur ungenügend bekannt gemacht werden konnte. In das Bureau wurden gewählt Parteigenosse Kühn als Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer. Das Referat hatte Parteigenosse Imhof übernommen. Derselbe schilderte in einstündiger zündender Rede die Ziele der Sozialdemokratie, wobei er besonders auf der Lage der ländlichen Arbeiter fußte. Unser Wahlspruch sei: Gleiches Recht und gleiche Pflichten. In der Welt gäbe es in der Gesellschaft zwei Klassen, die Arbeitende, und die, welche von dem Schweiße des Arbeiters zehret. Eine Aenderung dieser Zustände müsse geschehen, und dazu müsse die gesammte Arbeiterwelt, wozu auch der ländliche Proletariat gehöre, die Hand bieten, und darum sei es jetzt von der größten Wichtigkeit, bei der bevorstehenden Reichstagswahl einem Manne die Stimme zu geben, der die Lage des Arbeiters kenne und welcher wisse, wie es in dessen Hütte ansehe. Der ländliche Arbeiter müsse mit dem industriellen Hand in Hand gehen, denn die beiderseitigen Interessen seien solidarisch; der Druck des Kapitals sei derselbe; auch der ländliche Arbeiter habe mitzulämpfen für die Befreiung des Arbeiterstandes. Nachdem noch der Vorsitzende und Parteigenosse Krauthaus sich in denselben Sinne ausgesprochen, wurde die Liste auf dem Lande abgehaltene Versammlung geschlossen. Die anwesenden Landleute, meistentheils Arbeiter, hörten den Rednern mit gespannter Aufmerksamkeit zu und man sah es ihnen an, daß ihnen aus den Herzen gesprochen war. Bei unserm Weggange wurde allgemein der Wunsch laut, bald wieder eine solche Versammlung abzuhalten. Zum Schluß wurde noch der Anti-Syllabus vertheilt.

So wäre denn der erste Schritt gethan und die Agitation unter der Landbevölkerung eröffnet. Wir werden alles mögliche aufbieten, um das „Gist“ der Sozialdemokratie auch auf das Land zu tragen und bei den nächsten stattfindenden Reichstagswahlen wenn auch keinen Sieg so doch eine achtunggebietende Stimmenzahl auf unseren Kandidaten zu vereinigen. Jetzt tritt die Pflicht an diejenigen heran, welche bereits die Ziele der Sozialdemokratie als die richtigen erkannt haben, der Partei neue Mitglieder, und somit neue Kämpfer zuzuführen. Mit Schönheitspflasterchen löst man die soziale Frage nicht, hier kann nur eine durchgreifende radikale Reform helfen. Die Verhältnisse werden immer prekärer, sie werden sich unter den heutigen gesellschaftlichen Zuständen nie zum Besseren wenden. Also Parteigenossen treu und fest zur Fahne gehalten. Hermann Göbe.

Erfurt, 28. Oktober. An die Parteigenossen Thüringens! Unter dem heutigen Datum haben wir, nachdem die Parteigenossen zu Weimar das Agitationscomité aufgestellt, dasselbe gebildet. Zugleich bitten wir die Vertrauensmänner und Bevollmächtigten Thüringens, uns in Kenntniß von den etwa abzuhaltenen Versammlungen sowie der nöthigsten Agitation zu setzen, und ersuchen wir auch die Agitatoren sowie sonstige Rednerkreise, uns ihre Adresse zukommen zu lassen.

Gewählt wurden: H. Imhof, Vorsitzender, J. Rudolph, Schriftführer, beide Gotthardstraße 29; F. Fritz, Kassirer, Neuegasse 5; W. Hesse, C. Th. Kühn als Beisitzer.
Parteigenossen! Wir haben eine Arbeit unternommen, die um so schwerer für uns ist, als wir von ganz anderen Verhältnissen umgeben sind, als es bei dem bisherigen Agitationscomité der Fall war; aber um so leichter wird uns die Arbeit werden, wenn Ihr, Parteigenossen Thüringens, Euch Eurer Pflicht bewußt seid, die zu erfüllen ist dem Agitationscomité gegenüber. Ebenso werden auch wir alles aufbieten was in unsern Kräften steht, um den Anforderungen der Parteigenossen Rechnung zu tragen.

Sehen wir daher gemeinschaftlich aus Werk und bedenken wir, daß die Reichstagswahlen vor der Thür stehen, wo sich von selbst die Nothwendigkeit der Agitation für jeden Einzelnen ergibt. Jedoch, mögen sich besonders die Parteigenossen in Thüringen am Herzen gelegen sein lassen, nicht bloß zu agitiren für augenblickliche Vortheile, nein, sondern sie haben ihr Augenmerk auch auf die Organisation der Partei und deren innere Kräftigung zu richten, damit die Prinzipien der Sozialdemokratie in dem Herzen eines jeden Arbeiters, Bürgers und Bauern Wurzel schlagen. Denn gesetzt auch den Fall, unsere Reihen zählten nach Tausenden; was würden sie uns nutzen, wenn sie unklar in den Ideen, sich nur von momentaner Begeisterung fortreißen lassen? Dagegen werden 100 Mann, von der Idee durchdrungen, weit mehr zu leisten im Stande sein, als diese Tausende. Treten wir daher mit neuem Muth und mit neuer Kraft in den Kampf Mann für Mann, und wir können dann eher auf Erfolg rechnen. Mit sozialdemokratischem Gruß. Das thüringer Agitationscomité:

H. Imhof, Vorsitzender, J. Rudolph, Schriftführer.

Gotha. Nachdem eine frühere Versammlung in dem dreieinhalb Stunden von hier entlegenen Marktleden Friedrichswerth mißglückt, fuhren wir am Sonntag den 19. Oktober, 6 Parteigenossen an der Zahl, abermals nach besagtem Ort. Dem Gemeinde-Diener, der in unserem Auftrage die Versammlung ausschaltete, wurde von dem Pastor und Landtagsabgeordneten Trimpelmann das Ausschließen auf offener Straße unterlagt. Auf unser Befragen, mit welchem Recht er dies verbot, erklärte er: Die Kirche sei Gemeindegut und dürfe ohne Beschluß des Gemeindevorstandes nicht zu anderen Zwecken benützt werden. Wir erklärten für Abnutzung der Kirche zahlen zu wollen und machten ihn darauf aufmerksam, daß er doch den Wunsch geäußert, daß wir nur kommen möchten und da wir nun gekommen, suche er auf diese Weise die Versammlung zu hintertreiben. Das Ausschließen ging weiter. Die Versammlung war außer dem Pastor, einem Gemeinde- und einem Assessor mit den Alten unterm Arm, so ziemlich besetzt. Ich sprach über die Reichstagswahl und für die Kandidatur unseres Abgeordneten, erklärte, daß unsere Kandidaten für folgende Grundzüge im Reichstag eintreten würden: Für das allgemeine und direkte Wahlrecht im Staat und den Gemeinden, Abschaffung der indirekten Steuern, Einführung des obligatorischen

Schulunterricht, Abschaffung des stehenden Heeres u. s. w. Nachdem ich noch den heutigen Reichstag in seiner wahren Gestalt gezeigt, trat nach mir der Pastor Tr. auf und sprach also: (wohl wissend, daß die Anwesenden mit meinen Ausführungen einverstanden): Er könne sich nach meinen Ausführungen der Versammlung als Kandidat vorschlagen, es sei vollständig richtig, was ich gesagt. Viel würde an den Arbeitern gesündigt u. s. w. Er acceptire mit Ausnahme der Abschaffung des stehenden Heeres sämtliches, was ich gesagt. Der Pastor erging sich nun in einer Vorhubelei des Kaiserthums, so daß einige natürliche Verbesserungen mit dem Zeichen auf der Brust sich eines Hutzahls nicht erwehren konnten. Ich machte dem Pastor klar, daß es und keineswegs wüßte, wenn ein Liberaler oder Junter dem Nordpatriotismus huldige, daß es ihm als Priester, der nur die Religion der Liebe predigen und in jedem Menschen nur den Menschen, nicht aber einen Erbfeind erkennen dürfe, schlecht anstehe, in Nordpatriotismus zu machen. Hierauf erwiderte er: „Krieg sei von Anfang der Welt gewesen und werde fort und fort bestehen“. Bravo! Herr Pastor Tr. An Ihnen ist ein neuer Kulturkämpfer entdeckt worden. In einer Pause äußerte der Herr Pastor zu mir, daß er für die ganzen Prinzipien der Sozialdemokratie einstehe würde, wenn wir nicht zu sehr das religiöse Gefühl in den Hintergründen drängen. Ich erwiderte ihm, daß wir darin keinen Trost mehr fänden, indem die Wissenschaft längst darüber im Reinen sei, daß das Weltall nicht durch den Willen eines Wesens geschaffen, vielmehr allmählich entstanden sei. Schließlich erklärte er noch, daß der Krieg nur durch die Sünde und nicht, wie ich meinte, durch Habgier und Ländergier entstehe, nahm sodann seine sieben Sachen und ging heim. Es gelang uns noch, eine Mitgliedschaft der Hand- und Fabrikarbeiter zu gründen und wir mußten versprechen, recht bald wieder zu kommen, um bei der weiteren Konstitution betheiliglich zu sein. Der Herr Pastor Tr. hat es aber vorgezogen, von der Kanzel herab, wo man ihm nicht widersprechen kann, einen Vortrag über die „falschen Propheten“ der Neuzeit zu halten. Auf mein obige Bezeichnung am besten paßt, will ich dahin gestellt sein lassen.

Braunschweig. Die am 28. Oktober im hiesigen „Deon“ abgehaltene Metallarbeiter-Versammlung war zahlreich besucht. In einstudiger Rede referirte Luber über die Gewerkschaftsbewegung und zeigte an verschiedenen treffenden Beispielen, daß die Arbeiter ihre unmenschliche Lage nur dann verbessern können, wenn sie der Gewerkschaftsbewegung sich anschließen und organisirt die heutigen Zustände bekämpfen. Redner beleuchtete nach allen Richtungen die Nothlage der arbeitenden Klasse, welche nur eine Folge der heutigen ungerechten Zustände sei; deshalb müßten sich die verschiedenen Arbeiterkorporationen organisiren und die Schaffung besserer Zustände anstreben. Redner schließt, indem er den Versammelten zuruft: „Die Metallarbeiter haben in erster Linie mit ihrem Schwelge in den Händen der besitzenden Klasse befindlichen Nationalreichthum geschaffen, die Metallarbeiter sind es, welche die Waffen für die herrschende Klasse geschmiedet haben, die Metallarbeiter müssen auch die Ersten sein im gerechten Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse!“ — Nachdem noch die Herren Müller, Weiswange u. A. die Versammelten zum Zusammenhalten ermuntert hatten, erfolgten zahlreiche Beitritts-Erklärungen zur Gewerkschaft und wurde sodann die Versammlung mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung geschlossen. (Dr. Volkstr.)

Duisburg, 27. October. Am vergangenen Samstag, den 25. October hatte der Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Brinkmann, eine Versammlung auf die Schützenburg einberufen mit der Tagesordnung: 1) die Reichstagswahl; 2) die Menschenrechte, worüber Herr Hasenklever und Ehren Högig referiren sollten. Wir waren natürlich auch zur Stelle, mit uns Genosse Ries aus Köln. Als das Bureau gewählt war, nahm Ries das Wort zur Geschäftsordnung, um den Antrag einzubringen, daß jedem Referenten nur eine halbe Stunde Redezeit zu gestatten sei, damit jeder Redner zum Worte komme. Aber was geschah da! Ein Haufe dressirter Schulknaben erhoben sofort ein so furchtbares Gekrei, daß Herr Ries sich genöthigt fand, den Vorsitzenden zu ersuchen, den Knaben Stille zu gebieten, oder sie herausbringen zu lassen. Herr Hasenklever benutzte dieses nun, um der Versammlung glauben zu machen, Herr Ries sei ein Polizeispion und jetzt wurde der Lärm noch schlimmer. Herr Ries ließ sich jedoch nicht irre machen und sprach weiter. Das behagte dem Herrn Polizeiinspекtor so wenig, daß der internationale Ries sprechen sollte, wie Herrn Hasenklever, denn der Polizei Inspektor trat auf die Tribüne und gebot Ries dieselbe zu verlassen. Da wurde freilich jedem denkenden Menschen die Sachlage völlig klar. Nach diesem Intermezzo sprach Hasenklever über den Reichstag und dessen Thätigkeit, wobei er zwar die Bourgeoise gebührend mitnahm, die Regierungspartei aber und besonders den Herrn Bismarck sehr zärtlich anfaßte. Sonst brachte Redner nichts besonderes vor. Nach Hasenklever nahm nun wieder Parteigenosse Ries das Wort, um den Reichstag in das rechte Licht zu stellen. Man möge sich nun die Borntheit der dressirten Marionetten des Allgemeinen deutschen Arbeiter Vereins denken, denn als Ries in seiner Rede sagte, der König von Preußen, oder richtiger „Sr. Majestät“, wie Herr Hasenklever sagte, bekomme jährlich 4 Millionen Apanage und für die Schule würden jährlich in Preußen nur 2 Millionen verausgabt, schrie die fanatisirte Masse ins Blaue hinein: „Es ist gelogen, es ist gelogen!“ Hasenklever bestätigte indeß die Aussagen des Herrn Ries, während der Herr Dreierbach der Versammlung zu rief: „Meine Herren, lassen Sie den Redner doch seinen Unsinn aussprechen.“ Wenn Herr Ries dann wieder über den König von Preußen sprechen wollte, war der Teufel los, das irrgewordene Volk schrie wieder: „Es ist gelogen!“ Das war ein Durcheinander, daß kein Vernünftiger mehr etwas andrücken konnte und wir entschlossen uns zu gehen. Einige vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein jedoch ermunterten durch das Aufstreben des Herrn Polizeiinspektors, versuchten nun Streit zu provociren, indem sie an uns heranliefen und uns mit Schimpfwörtern, wie Spitzbuben, Banditen, Lumpen u. s. traktirten. Um nun der Polizei keinen Grund zum Einschreiten zu geben, worauf es die vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein abgesehen hatten, verließen wir, ohne zu antworten den Saal und glaubten nun ruhig nach Hause gehen zu können, aber was ist geschehen? Der Vertrauensmann, der zuletzt den Saal verließ, wurde von einem Haufen unter Anführung des benannten Brinkmann angefaßt und verpackte man ihn staus Messerstücke auf den Kopf. Solche Leute wollen sich nun Sozialdemokraten nennen; Leute, die angeblich die heutigen ungerechten Zustände kritisiren wollen, Leute, die jede mögliche Freiheit haben wollen, gönnen andern dieselbe Freiheit nicht. Wie verträgt sich das mit der Demokratie? Das wollen wir den redlich Denkenden zur Beurtheilung übergeben. Hasenklever's Kandidatur ist hier pfuslich. Wir werden den Arbeitern des Reiches Duisburg spon Herrn Hasenklever und seine Gefellen ins rechte Licht stellen und ihnen sagen, wo sie hin gehören.

Herrn Hasenklever's Kandidatur hat in Folge dieser Brutalitäten

hier sehr schlechte Aussichten, denn es wird keinem ordentlichen Arbeiter einfallen, einem Manne seine Stimme zu geben, der sich eine Leibgarde geschaffen hat ähnlich den Dejembristen des dritten Bonaparte.

Wald. Gestern war hier eine Volks-Beisammung einberufen durch die Herren des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Hasenklever, Tölde und Högig. Trotz des schlechten Wetters war die Versammlung von hier und aus der Umgegend ziemlich gut besucht, wie denn auch hier die Arbeiter mit der Zeit einsehen, daß es Zeit ist, sich zusammen zu thun, um vereint dem Bourgeoisium entgegenzutreten. Nur schade, daß die Agitation in hiesiger Gegend durch obengenannte Menschen betrieben und für unsere Partei hier nur wenig agitirt wird, trotzdem der Boden sehr gut für uns ist. Was uns aber sehr froppirte, waren einige Gedanken dieser Herren, die sie in bewußter oder unbewußter Raivetät vom Stapel ließen. Z. B. durch das Wahlrecht sei die Sozialdemokratie herzustellen. Ein so absurder Gedanke, daß man ihn nur bei dem bekanntesten Schwadronier Tölde suchen sollte. Wir wollen hoffen, daß auch hier den Arbeitern die Augen aufgehen, damit sie einsehen lernen, daß sie durch den alleinseligmachenden Vorschlag Lassalles nie auf einen grünen Zweig kommen, und nur ihr Ziel vereint mit uns erreichen werden.

Mit sozial-demokratischem Gruß
A. Sch. R. Haiffa, Buchbinder.

Augsburg, 27. October. Samstag den 25. October fand hier in den „Drei Königen“ eine stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher unser wohlbekannter Landmann und Parteigenosse Most von hier in Folge seiner Ausweisung aus dem „freien“ Sachsenlande über das Thema „Die heutige Produktionsweise“ referirte. Die Kopf an Kopf gedrängte Arbeiterklasse folgte dem Redner mit gespanntester und begeistertster Aufmerksamkeit. Als Most in seiner Ausführung bewies, daß das heutige System der Produktion an und für sich den bittersten Haß der Arbeitenden und Nichtarbeitenden zur Folge haben müsse, ermannete sich der überwachende Polizei-Kommissarius und — löste die Versammlung auf. Der in Gefahr befindliche Staat ward wieder gerettet und die Zuhörer von „jäger That“ — glücklicher Weise abgehalten. — Am Sonntag Vormittag wurde eine Versammlung der Metallarbeiter und Nachmittags in Lechhausen eine Arbeiterversammlung abgehalten, in welcher beiden Most ebenfalls referirte. In klaren Worten schilderte er die Lage der Arbeiter — geißelte besonders den Egoismus, der überall gegenwärtig triumphire und mahnte die Arbeiter, die gegenwärtige Zeit nicht durch Unthätigkeit zu vergeuden, während sich ein sozialer Umwälzungsprozeß trotz Polizei und Militarismus vollziehe, der nur zum Heile des arbeitenden Volkes führen könne und durch dessen einmüthiges Eingreifen mit aller Macht beschleunigt werden müßte. (Bzgl.)

Eßlingen. Endlich gewinnt die Gewerkschaftsbewegung Eingang bei den beteiligten Kreisen. Organisirt sind an unserem Orte die Tuchmacher, Handschuhmacher, Goldarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher und in jüngster Zeit hat sich der Fradverein der Spengler und verwandter Zweige mit 72 Mann konstituir und durch die Anregung Nord's, der auf seiner Durchreise vom Holzarbeiter-Congress einen Vortrag hielt, ist die Gründung einer Holzarbeitergewerkschaft mit vorläufig 84 Einzelnungen erfolgt. Antheilscheine sind kürzlich zur Genossenschaftsdruckerei 11 untergebracht worden; unsere Freunde in Schw. Hall werden hierdurch sehen, daß wir Eßlinger nicht schlafen. Allerdings muß noch manches besser werden; die 1800 Arbeiter der Maschinenfabrik werden sich doch endlich auch rühren und zur Gründung einer Metallarbeitergewerkschaft schreiten. Schon hört man, daß auch im Maschinenbau die Geschäfte anfangen flauer zu gehen, also scharrt Euch zusammen, die gedratenen Tauben fliegen Euch nicht von selbst in den Mund. Das Abonnement auf den „Volksstaat“ läßt allerdings zu wünschen übrig, namentlich werden die Vorstände der Gewerkschaften dringend ersucht, in ihren Kreisen darauf hinzuwirken, daß der „Volksstaat“ von allen Genossen gelesen wird, damit wir wieder den Stand erreichen. Es genügt nicht, daß man Mitglied der Gewerkschaft oder des sozial-demokratischen Arbeitervereins ist, nein, man muß Jedem mit dem Stande der Arbeiterbewegung und ihrem Endziele bekannt machen und das geschieht am besten durch das Lesen des „Volksstaat“. Also thue jeder seine Schuldigkeit und wir erziehen dann prinzipientreue Männer.

Briefkasten

der Redaction. Dr. E. J. in Speyer: Brief ist besorgt. Die bestellten Schriften geben, sobald bekommen, an Sie ab. Die Schrift von H. ist etwas schwierig anzuhören. Meyer in Bremen: Wie wir nachträglich erfahren, hat Herr Kirchmann seinen bekannten Vortrag: „Der Communismus in der Natur“ im Druck erscheinen lassen.
der Expedition. S. Gnrichs Coeln: Ab. 3. Da. 5 Tble., G. Kette das. Schrift 5 Tble., E. Lupp London: Ab. 4. Da. Tble. 1 5 Schrift. 25 Gr., P. Std. Hall: Ab. 4. Da. Tble. 2 6. R. Eßle Leipzig: Schrift. Tble. 2, 1. Jm. Ebersfeld: Ann. 6 Gr., R. Pfr. Lindenau: Schrift. 6 Gr., Gfhe Leipzig: Ab. 4. Da. 6 Gr., Sch. Bradwede: Schrift. Tble. 4 4, D. Wlr. Köln: Schrift. Tble. 3 8 5, R. Wlf. Rommes: Schrift. Tble. 2, G. Hrngh. Baden Baden: Schrift. 20 Gr., R. Wlr. Reichsdach: Schrift. Tble. 2, 3 Wlr. Leipzig: Schrift. Tble. 6 20, Erz. Braubach: Schrift. 4 Gr., Vermeil Hof: Schrift. Gr. 3 1, E. Strben Eßlingen: Ab. October Tble. 9 25 5, Ab. 3. Da. Tble. 2 21 5, G. Jbn. Marburg: Schrift. 3 Gr., A. Rbl. Berlin: Schrift. 3 Gr., F. A. Erg. Hobboden: Ab. 3. Da. Tble. 125, Sidrig hier: Schrift. Gr. 24 5, Ab. 6 Gr., Jmp. Hildesheim: Ann. 18 Gr., Fradverein der Tischler München: Schrift. 1 18 8, Trimm Berlin: Ab. Octbr. Tble. 21 17 2, Schrift. Tble. 4 24, R. Kl. Berlin: Ab. Octbr. Tble. 7 15, Dr. Rfhr. Jittau: Schrift. 4 Gr., D. Schert hier: Schrift. 4 Gr., G. Gmmr hier: Schrift. 4 Gr., D. Wln. Constanz: Schr. Tble. 3 10 5, M. Schr. Dresden: Ab. 3. Da. Tble. 20, W. Wlr. Rommes Ann. 5 Gr., Th. Sn. Königsberg: Schrift. Tble. 1 3 2, E. Wlf. Godeanstrin: Schr. Tble. 3, Wlr.verein Berlin: Ann. 22 Gr., A. Rbl. Königsberg: Ab. 3. Da. Tble. 2 15, Ann. 4 Gr., Arb. Partei Berlin: Ann. Tble. 1 18, D. Gmmr hier: Ab. Novbr. 6 Gr.
Nach Würtemberg: Die Sproßlinge vom Großen Urach sind auf D. angekommen; die Gefangenen erwidern den Petroleumgruß.

Genossenschaftsdruckerei.

Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erzielten ferner: In Eßlingen: A. Wogl. 1, W. Wlr. 1, B. Wlr. 1, B. Wlr. 1, F. Kram. 1, G. Rbl. 1, G. Jbn. 1, W. Wlr. 1, G. Wlr. 1, F. Eßle 1, in Stabe: A. Wagn. 1 Tble. Hablich

Reichstagswahlbond.

Berlin: Bonal'sche Cigarrenfabrik 2. Samml. d. Windthorst 1 Tble. 4 Gr. 5 Pf. Parteivers. in der Elisabethstr. 2 Tble. 19 Gr. 9 Pf. Mehrere Parteigenossen bei Wolff 9 Gr. D. Bading.

Bremerhaven

Soz.-dem. Arbeiterpartei. Die gewöhnlichen öffentlichen Versammlungen finden von jetzt ab jeden Montag, Abends halb 8 Uhr, im Saale des Herrn Freundthal, Marktstraße 6 (früher Gerhardt's Hotel) statt. Es werden daselbst Vorträge, sowie Vorlesungen aus den Werken der bedeutendsten Nationalökonomen gehalten und sind dazu eingeladen alle, welche irgend welches Interesse an der heutigen soz. Bewegung zu bekümmern. Der Vertrauensmann. [26]

Franfurt a. M. Volksstaat-Abonnement für das vierte Quartal werden in meiner Wohnung wie auch Sonnabend Abends in den Versammlungen (Stadt-Crossnach) entgegengenommen.

Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal 1 fl. 25 kr., pro Monat 29 kr. Das Abonnement ist im Voraus zu entrichten.

Die Restanten des „Volksstaat“ wie auch von Schriften werden angefordert, in aller Kürze Zahlung zu leisten.

Die Filial-Expedition: Theodor Kald, Jabungasse Nr. 156.

Hannover Internationale Metallarbeitergewerkschaft. Montag, 10. November, Abends 8 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung im „deutschen Hause“, Beckenstraße. — Tagesordnung: 1) Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung. Ref.: E. Ruchholt. 2) Verschiedenes. 3) Fragelasten. Freunde können eingeführt werden. A. Klimefch, Schriftführer.

Leipzig Soz.-dem. Arbeiterverein. Freitag, den 7. Novbr., Abends 8 Uhr bei Zeidler, gr. Windmühlenstraße 7. — Tagesordnung: 1) Vortrag über die direkte Gesetzgebung durch das Volk von Rauert. 2) Soz.-pol. Wochenbericht. Referent: Stelzer. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Leipzig Arbeiterbildungsberein. Sonntag: 1—3 Uhr Zeichen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Wechselkunde. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [w1]

Leipzig Internationale Metallarbeitergewerkschaft. Sonnabend, den 8. November, findet das erste „Stiftungsfest“ im Saale des Pantheon hier statt, bestehend aus Concert, Festrede und Ball.

Anfang Abends 8 Uhr. — Programm für Herren 2 1/2 Ngr. und für Damen 1 1/2 Ngr. Find von Montag, den 20. d. Mts. an bei Herrn Knoch, Reudnigerstr. 10, im Arbeiterbildungsberein und an der Kasse zu haben.

Es ladet hierzu alle Gewerkschaften, Arbeitervereine und alle Freunde und Gönner der Arbeiter von hier und auswärts freundlich ein. Der Ueberfluß kommt zur Krankenunterstützungskasse. Das Festcomité. (*)

Lg. 27. 11. 1874. [w]

Wandsbed Social-demokratischer Arbeiterverein. Die Versammlungen finden von jetzt ab, regelmäßig jeden Mittwoch Abends halb 9 Uhr, präcise, im Lokale der „Harmonie“ statt.

Ich ersuche die Parteigenossen die Versammlungen zahlreicher zu besuchen, als wie dies bisher geschah. Julius Kölln.

Meine Adresse ist: Friedrichsstr. 14. III. Breslau.

2a] Ad. Geyner.

Gewerkschaftsverwaltungen.

Gewerkschaft der Holzarbeiter: Vorsitzender Th. Nord, Hamburg, Erste Borlesgen Nr. 13, Kassirer G. Somann, Altona, Kolopstr. Nr. 32.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer: Vorsitzender Heinr. Riede, Braunschweig, Schöppenstedterstr. Nr. 50, Kassirer Wlf. Weihensee, Braunschweig, Kupfertwiete Nr. 8.

Gewerkschaft der Schneider: Vorsitzender S. Schäffle, Chemnitz, Zimmerstr. 16.

Gewerkschaft der Schuhmacher: Vorsitzender W. Bod, Gotha, Berg 37, Kassirer A. Kölln, Gotha, Hütelgasse 16.

Internationale Metallarbeitergewerkschaft: Vorsitzender Rch. E. J. Wolf, Chemnitz, Lindenstraße 8, Kassirer Carl Herm. Dickethier, Chemnitz, innere Rochlitzerstr. 30, 3. Etage. (m1)

Sobden ist im Verlage der Genossenschaftsdruckerei erschienen und durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen:

Der Volksstaat-Kalender für 1874.

Inhalt: Kalendarium. Biographischer Kalender. Die Schlacht um den Virlenbaum. Eine Parabel von St. Simon. Roth-Französische Arbeiter. Robert Owen, ein Charakterbild. Der Pauker von Niklaehausen; historische Erzählung von Robert Schweichel.

Preis pro Stück ohne Stempel 3 Ngr. 5 Pfg., Preis pro Stück mit Stempel 4 Ngr. Bei Abnahme von 12 Stück und darüber 3 Ngr. exclusive Stempel.

Bei Vaarzahlung außerhalb Sachsen 24 Stk. 2 Thlr. für Sachsen incl. Stempel 2 Thlr. 12 Gr.

An uns unbekannte Besteller wird nur nach vorheriger Einwendung des Betrages in baar oder Reichsbriefmarken oder gegen Postvorschuß versandt.

Sobden ist im Verlage der Genossenschaftsdruckerei erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

Chaten des deutschen Reichstages und der Landtage.

Nebst einem Anhange, enthaltend: 1) Wink für die Agitation, 2) die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Vereins- und Versammlungs-gesetz, 3) des Reichswahlgesetzes, 4) der Reichswahlgesetz-Berordnung, 5) des deutschen Strafgesetzbuches, 6) Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 7) Liste der bei „Gründungen“ hervorragend beteiligten Reichstags- und Bundesratsmitglieder.

Preis pr. Stück 3 Sgr. (10 1/2 Kr. fädd.), im Dupend pr. Stück 2 Sgr. 5 Pf. (9 Kr. fädd.), gegen baar oder Postvorschuß im Dupend pr. Stück 2 Sgr. (7 Kr. fädd.).

[45] Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Die 10. Liefierung

des

Leipziger Hochverrathsprosses.

Preis per Exemplar 2 Sgr. 5 Pf.

Da von den früheren veränderten Lieferungen mehrfache Retour-nierungen stattfanden, so machen wir hiermit bekannt, daß von Lief. 10 nur an jene Besteller versandt wird, die ihren Bedarf uns neuerdings bekannt geben, oder dies in den letzten 4 Wochen gethan haben.

(3a) Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Leipzig: Berantw. Redakteur: Casper. (Redaktion und Expedition Breitestr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.